



Kreiselternerat Burgenlandkreis

Kreiselternerat Burgenlandkreis, Schönburger Str.41 06618 Naumburg

email: kreiselternerat-blk@gmx.net

Protokoll der 2. Sitzung des Kreiselternerates im Schuljahr 2021/2022

Am Mittwoch, den 02. März 2022 fand um 18.30 Uhr im „Euroville“ am Michaelisholz 115 in Naumburg die 2. Sitzung des Kreiselternerates im laufenden Schuljahr statt.

Es galten die Hygieneregeln 2G (geimpft und/ oder genesen) mit vorübergehender Speicherung der Kontaktdaten der Teilnehmenden.

Die Sitzung eröffnete der Vorsitzende Nico Hinz.

Anwesende Mitglieder des Kreiselternerates: 15

Anwesende Ersatzmitglieder: 1

Gäste und interessierte Eltern: 19

Herr Hinz begrüßte alle Mitglieder und Gäste inkl. Frau Hübner, einige anwesende Schulleiter von Grundschulen sowie Sozialarbeiter und entschuldigte Herr Assmann, der erst später zu unserer Sitzung erscheinen könne.

Frau Hübner ist die schulfachliche Referentin für Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen im Burgenland- und im Saalekreis und berichtete von den vielfältigen Aufgaben in ihrem Wirkungsbereich:

- direkte Ansprechpartnerin der Schulleitungen
- Begleitung bei der Bewältigung der Aufgaben
- Zeugnisse
- Schulentwicklungsplanung
- Unterrichtsabsicherung
- Bearbeitung coronabedingter Ausfälle
- Bearbeitung von Beschwerden den Eltern
- Prüfungsbegleitung (z. B. auch in Justizvollzugsanstalten) usw..

Frage von Herrn Hinz:

Gibt es Lernrückstände durch Corona und wie werden diese erfasst?

Antwort:

Schulen sollten die Lernrückstände feststellen, aber es gibt zu wenig Personal dafür. Lernrückstände sind bei gleicher Schulform von Schule zu Schule sehr verschieden. Wichtiger als die Lernrückstände seien aus ihrer Sicht die entstandenen Defizite im Bereich der sozialen Entwicklung der SuS in den Schulen. Hier sind auch die Schulpsychologen gefordert. Probleme, die bei einigen SuS schon vor der Coronapandemie vorhanden waren (Verhalten, soziale Entwicklung) hätten sich in der Zeit der Pandemie und der Lockdowns noch verschärft.

Fragen, Kritik oder Anregungen bitte an kreiselternerat-blk@gmx.net

Frau Hübner kritisierte, dass Eltern ihre Kinder von Präsenzpflcht befreien konnten und damit der Kontrolle/ Führung durch die Schulen entzogen haben.
Die Abschlussklassen (hier sind die 9. und 10. Klassen gemeint) seien in den letzten zwei Jahren sehr intensiv auf die Prüfungen vorbereitet worden und erzielten außergewöhnlich gute Ergebnisse.

Auch in diesem Jahr finde vom 19.- 22.04. die „Intensivvorbereitung“ an den Schulen statt. Durch die schwierige soziale Entwicklung der Kinder in den letzten beiden Jahren habe es häufiger „besondere Vorkommnisse“ gegeben (gemeint sind hiermit Ereignisse, wo eine Anzeige bei der Polizei erfolgte).

Weniger schwere Vorkommnisse, die nur an die Schulleitungen/ Lehrer/ Sozialarbeiter gemeldet werden, sind vom Landesschulamt nicht erfasst worden.

Coronabedingte Lernrückstände wurden bis November `21 aus Landesmitteln finanziert. Seither erfolgt die Bezahlung aus Bundesmitteln. Hierbei gehe es um die soziale Entwicklung/ soziale Kontakte bis hin zur Einzeltherapie.

Die Projekte müssten altersentsprechend gehalten und der soziale Hintergrund berücksichtigt werden.

SuS mit Migrationshintergrund sollten in vorgeschalteten Sprachkursen das erforderliche Wissen erlangen, um dem Unterricht folgen zu können und die anderen SuS ohne Sprachdefizite nicht zu beeinträchtigen.

Eine Schulleiterin (Frau Meisel, Uta- Schule) merkte an, dass die Antragstellung teilweise sehr komplex und arbeitsintensiv sei.

Frau Hübner empfahl, auch die Fachlehrer zumindest bei der schriftlichen Formulierung der Begründung mit einzubinden und damit die Schulleitung zu entlasten.

Wenn die jeweilige Schulleitung keine Notwendigkeit in der Beseitigung coronabedingter Lernrückstände sieht oder sich mit den Anträgen überfordert fühlt, dann werden halt auch keine Anträge gestellt.

Frage von N. Hinz, warum nicht einfach ein Pauschalbetrag (z.B. 5000,- €) an jede Schule verteilt wird.

Antwort:

Finanz- und Bildungsministerium sind eben unterschiedliche Bereiche: Alles muss genau beantragt und begründet sein. Es komme auf den menschlichen Faktor an, wie die Mittel beantragt und genutzt würden.

Name der Bundesmittel: „Aufleben nach Corona“. Die Mittel gibt es für alle Schulformen. Die Antragstellung durch die Schulleitungen sei eine zusätzliche Belastung, die nach der täglich zu bewältigenden Arbeit zu schultern wäre.

Schulverwaltungsassistenten könnten hier eine Unterstützung sein.

Zum Thema Schulsozialarbeit stellte Frau Hübner fest, dass es besser sei, wenn sie „vor Ort“ also an den Schulen stattfindet.

Hier an den Schulen werden alle Kinder erreicht, während am Nachmittag in Freizeiteinrichtungen einige Eltern ihre Kinder diesem Einfluss entziehen könnten.

Nachfrage von M. Zingel zur Zahl der erfassten Lernrückstände:

Antwort Frau Hübner:



Kreiselterrat Burgenlandkreis

Kreiselterrat Burgenlandkreis, Schönburger Str.41 06618 Naumburg

email: kreiselterrat-blk@gmx.net

Es gibt keine Zahl bzw. wolle sie diese nicht nennen. Hier sei auch Personal erforderlich und es gäbe Schulen, wo sogar jetzt nur 40% Personal vorhanden sei.

Außerdem seien die Lernrückstände nicht das Problem, sondern aus ihrer Sicht in erster Linie die Defizite in der sozialen Entwicklung.

Lernrückstände sind nach dem normalen Unterricht nur schwer ausgleichbar, weil jeder Schüler je Tag nur eine gewisse Konzentrations- und Lernfähigkeit habe, auch sei die Stundenzahl bei den Lehrern begrenzt.

Zeugnisnoten seien aus ihrer Sicht nicht entscheidend. Eltern könnten darüber mit den Fachlehrern sprechen. Es gäbe hier Möglichkeiten, die Notenvergabe auszusetzen und auch der Bewertungserlass gäbe den Lehrern Spielräume.

Die Schule muss mit den Eltern kommunizieren, wenn es um die Noten ihrer Kinder geht.

Die Kinder müssten wieder physisch und psychisch befähigt werden, in der Schule im Unterricht zu lernen.

Präsenzunterricht ist durch nichts zu ersetzen. Der Digitalunterricht ist sehr anstrengend und funktioniert (wenn überhaupt) nur in den höheren Klassenstufen wie eine Vorlesung an der Uni.

Die Besetzung mit Lehrern an den Schulen mit 103% ist nach Auffassung von Frau Hübner nicht ausreichend. Nach ihrer Meinung müssten es 125% sein.

Frau Hübner über den Ausgleich des Lehrermangels:

Es gäbe nur wenige Bewerber.

Seiteneinsteiger haben häufig andere Vorstellungen vom Lehrerberuf, sind oft enttäuscht und verlassen den Schuldienst wieder.

Junge Lehrer wollen weniger Stunden je Woche arbeiten und achten sehr auf die „Work- Life-Balance“.

Eine Schulleiterin berichtet von der Situation an ihrer Schule:

Sie sieht einen emotionalen Förderbedarf, da an ihrer Schule viele Kinder lernen, die in der Nähe in einer Tagesklinik untergebracht sind. Weiterhin gibt es zahlreiche Kinder mit Migrationshintergrund und „Fluchterfahrung“.

Frau Hübner:

Schulleitungen sollten mit der Referatsleitung ins Gespräch kommen. Positive Veränderungen sind notwendig.

Das Finanzministerium ist für die Finanzierung verantwortlich und hier läuft es nach Auffassung von Frau Hübner nicht gut.

Frau Hübner weist noch auf die Möglichkeit der Unterstützung durch pädagogische Mitarbeiter hin.

Anmerkung dazu von einer anwesenden Direktorin: Ich gebe zu Bedenken, dass pädagogische Mitarbeiter den Schulsozialarbeiter bzw. Schulsozialarbeiterin nicht ersetzen können, denn diese haben einen Hochschulabschluss in Sozialpädagogik!

Eine andere Direktorin merkt an, dass noch nie so viel Geld vorhanden gewesen sei wie heute, um Lernrückstände zu beseitigen. Diese Mittel solle man doch für die Schulsozialarbeit nutzen.

Zitat: „Lieber auf eine Direktorenstelle verzichten als auf den Schulsozialarbeiter.“

Eine Grundschuldirektorin berichtet, dass bisher zwei Tage Sozialarbeit in der Woche vorhanden sind und nun wegfallen sollen: Aber aus ihrer Sicht sei es besser, wenn es wenigstens wenig als gar keine Schulsozialarbeit gäbe. Die Arbeit sei extrem wichtig.

Frage einer Elternvertreterin:

Frau Feußner habe in der Debatte im Landtag ausgeführt, dass Schulsozialarbeit nicht in der Schule „verortet“ sein müsse, sondern besser in der Jugendhilfe.

Frau Hübner:

Schulsozialarbeit gehört in die Schule, da hier alle SuS elternunabhängig erreichbar seien.

Meinung eines Elternvertreters:

Eltern wurden nach den Lockdowns mit den Lernproblemen allein gelassen, insbesondere wenn gesundheitliche Probleme (z.B. ADHS) vorhanden gewesen seien. Ohne ärztliche Diagnose sei den Kindern ein Lernfeldausgleich von der Schule verweigert worden.

Frau Hübner:

Die Schule kann auch ohne Diagnose Angebote für den Lernfeldausgleich bzw. Nachteilsausgleich machen.

Handreichungen sind hierfür an die Schulen ausgegeben worden – die Eltern haben hier die Entscheidungsgewalt.

Der Vorsitzende Nico Hinz dankte Frau Hübner für ihre Ausführungen.

Er begrüßte den inzwischen eingetroffenen Herr Assmann. Dieser hatte an der Sitzung des Jugendhilfeausschuss im Landratsamt teilgenommen (Tagesordnung und Prioritätenliste anbei):

Herr Assmann erläuterte noch einmal die Situation:

Bisher gibt es 32 Vollzeitstellen für Schulsozialarbeit. 30 Stellen werden mit Mitteln des ESF und des Landes finanziert. Zwei Stellen trägt der Burgenlandkreis über das Programm „Teilhabe“.

Die bisherige Finanzierung der Schulsozialarbeit erfolgt zu 80% aus dem Europäischen Sozialfond und zu 20% vom Land Sachsen-Anhalt.



Kreiselterrat Burgenlandkreis

Kreiselterrat Burgenlandkreis, Schönburger Str.41 06618 Naumburg

email: kreiselterrat-blk@gmx.net

Ab kommenden Schuljahr ändert sich dies: 60% ESF, 20% Land, 20% BLK.
Der Burgenlandkreis wird also ca. 500.000,- € aus dem laufenden Haushalt bereitstellen müssen.

Die Berechnung für Schulsozialarbeiter:innen orientiert sich an den Schülerzahlen, weshalb Großstädte (z.B. Halle, Magdeburg) wegen der Schüler der dort ansässigen Berufsschulen bevorteilt sind.

Somit fallen im BLK zwei Stellen weg und es werden dann nur noch 28 Stellen sein.

Weil sich der Landkreis bei der Finanzierung beteiligen muss, will er auch bedarfsgerecht festlegen, wo Schulsozialarbeit eingesetzt wird.

Die dafür erstellte Prioritätenliste ist nur denkbar knapp von dem Gremium angenommen worden (vier zu drei Stimmen).

Auf dieser Liste spielen die Schulgröße und die Empfehlung der schulfachlichen Referenten die entscheidenden Rollen. Allerdings hat die Liste der schulfachlichen Referenten, welche Schule Sozialarbeit erhalten soll, nur empfehlenden Charakter.

Alle Gymnasien, Sekundarschulen, Förderschulen und die beiden Berufsschulen sollen einen Schulsozialarbeiter/ eine Schulsozialarbeiterin erhalten.

Die Beuditzschule in Weißenfels möchte keinen Schulsozialarbeiter/-in, da hier sogar zwei pädagogische Mitarbeiter zusätzlich eingesetzt sind.

Eine anwesende Grundschullehrerin gibt an, mit dem zuständigen schulfachlichen Referenten gesprochen zu haben. Dieser habe die Abgabe eines Votums für die einzelnen Schulen bestritten.

Außerdem sei die Zeitschiene für die Stellungnahmen zu kurz gewesen.

Herr Assmann:

Wenn alle Landkreise gemeinsam zum Ausdruck bringen würden, dass die Fristen für diese Entscheidung zu kurz gewesen ist, dann würde es evtl. seitens der Landesregierung zu einer Fristverlängerung kommen. Eine solche Einigkeit ist aber eher unwahrscheinlich.

Herr Assmann erklärte weiter, dass die Fragen, wo bisher Schulsozialarbeit stattgefunden habe und wo der Wegfall besonders großen Schaden anrichten würde, besonders bedeutungsvoll gewesen seien.

Das Ziel ist es nun, dass jedes Kind im Laufe seiner schulischen Entwicklung in den weiterführenden Schulen mit Schulsozialarbeit in Kontakt kommt.

Auch der Faktor „Migrationshintergrund“ spielt bei der Auswahl der Schulen eine Rolle.

Eine Lehrerin aus Naumburg merkt hierzu an, dass sie nicht verstehe, warum an ihrer Schule, die die zweithöchste Schülerzahl nach der Uta- Schule habe, an welcher viele Kinder einen Migrationshintergrund mit besonderem Wohnumfeld hätten, alle Schüler der Außenstelle des Kinderheims lernen würden und die „Lebenshilfe“ eine Unterkunft für alleinerziehende

Mütter eingerichtet habe, in der Auswahl für die Schulsozialarbeit so weit nach hinten gerutscht sei.

Herr Assmann:

Der Landkreis muss sich auf die Aussagen der schulfachlichen Referenten verlassen.

Herr Hinz fragt, für welchen Zeitraum die jetzigen Entscheidungen getroffen worden sind – 2025?

Herr Assmann:

Dies lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.

Herr Hinz:

Ist ein Verbund der Sozialarbeit von verschiedenen Schulen vorgesehen?

Herr Assmann (Zitat):

„Ich sehe es auch so, dass eine „halbe Stelle“ besser ist, als gar keine. Aber geteilte Stellen sind für den Betreffenden unattraktiv und solche werden auch vom Land kritisch gesehen.“

Es soll einen Schulsozialarbeiter je Schule in Vollzeit geben.

Frau Dölz:

Ist in den beiden Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Zeitz Schulsozialarbeit vorgesehen?

Herr Assmann:

Die Entscheidung für Schulsozialarbeiter/ innen hat nichts mit der Trägerschaft der Schulen zu tun.

Eine Grundschullehrerin und Herr Hinz kritisieren, dass die offenen Briefe an die Bildungsministerin Feußner bisher jeweils unbeantwortet geblieben sind.

In den Grundschulen wird es nun weniger Stellen geben: z. B. Teuchern, Granschütz, Naumburg.

Herr Hinz fragt Herrn Assmann, was man nun noch tun könne.

Herr Assmann:

Das Verfahren sei nun zu Ende beschritten. Aber die politischen Entscheidungsträger (Landtagsabgeordnete) könnte der Kreiselternrat ansprechen und überzeugen.

Eine Grundschuldirektorin stellt noch fest, dass nach ihrer Ansicht die Jugendhilfesozialarbeiter an den Schulen an den richtigen Stellen sind, weil hier auch alle SuS erreicht werden.



Kreiselternerat Burgenlandkreis

Kreiselternerat Burgenlandkreis, Schönburger Str.41 06618 Naumburg

email: kreiselternerat-blk@gmx.net

Herr Eichardt fragt Herrn Assmann, ob er mit einer geschätzten Summe von 92.500,- € je Schulsozialarbeiter(in) pro Jahr richtig liege.

Herr Assmann:

Im Prinzip stimme diese Zahl in etwa. Es gäbe aber auch noch zwei Netzwerkstellen beim Landkreis, die für die Koordination der Schulsozialarbeit wichtig seien.

Thema: Schulentwicklungsplanung (SEPL). Diese wird am 14.03. im Kreistag beraten. Hier ging Herr Assmann speziell auf die Ausnahmegenehmigung hinsichtlich der Schülerzahlen für das Agricola- Gymnasium in Hohenmölsen und eine geplante Grundschule in Plotha ein.

Die Frage nach der Entwicklung der Zahl von Schulverweigerern soll auf die nächste Sitzung des Kreiselternerates vertagt werden.

„Aufleben nach Corona“:

Es gibt ein großes Lob durch den Kreiselternerat für den Landkreis. 226.000,- € sind für Projekte verwendet worden, die der BLK organisiert hat.

380.000,- € haben die Schulen für selbst gestaltete Projekt erhalten.

Die Anträge waren sehr einfach und unkompliziert zu stellen gewesen.

Frau Berger vom Amt für Bildung, Kultur und Sport habe sich hervorragend dafür eingesetzt.

Herr Hinz schloss den öffentlichen Teil.

Nichtöffentlicher Teil:

Die Nachwahl von Herrn Mischinger als Ersatzmitglied der Grundschulen wurde einstimmig angenommen.

Herr Pilz und Herr Kober berichten von der Arbeit im Landeselternerat:

- extrem viele Elternanfragen zu beantworten
- Fragen zur Präsenzpflcht der SuS
- Kritik der Eltern an den Coronamaßnahmen
- viele Presseanfragen
- Kritiken der Eltern zu den Nasocheck- Schnelltests
- Stellungnahmen zur SEPL
- LER empfiehlt, dass es keine Verschärfung der Kriterien geben solle, um von der Haupt- auf die Realschule zu wechseln
- die Kommunikation mit Bildungsministerin Feußner sei nicht optimal
- Zahl der Lehrerstudienplätze (ca. 700 in Halle und 1000 in Magdeburg) nur mit 1000 Studenten besetzt und die Abrecherquote betrage über 50%

Bezüglich der Forderung nach Quereinsteigern merkt Herr Eichardt an, dass es drei Sorten von Lehrern an den Schulen gäbe: 1. alte Lehrer in Angestelltenverhältnis, 2. Beamte (jung,

aber an Work-Life-Balance interessiert), 3. Quereinsteiger (die von 1. und 2. nicht anerkannt werden).

Hier gibt es gewiss auch Mobbing, das u. U. zum Nachteil der SuS ausgetragen wird.

Die „alten“ Lehrer befürchten evtl., dass die Quereinsteiger „beliebter“ bei den Kindern seien.

Eine Vertreterin des Kreiselternrates beschreibt ihre Erfahrungen mit den Bewerbern für eine Lehrerstelle:

- Elternvertretung der Schule habe nach Bewerbern gesucht
- es hätten sich zahlreiche Lehrer gemeldet
- die Informationen gingen an das Landesschulamt
- Landesschulamt hat keine oder nur sehr verzögerte Rückantwort auf die Fragen der Bewerber hinsichtlich vorzulegender Nachweise gegeben
- nur der Druck der Öffentlichkeit (also der Eltern) habe zur Reaktionen des Landesschulamtes geführt
- wenn ein Bewerber gern in Zeitz eingesetzt werden wollte, aber der Bedarf woanders größer ist, würde ihm nur dort eine Stelle angeboten und daraufhin sei die Bewerbung zurückgezogen worden

Herr Hinz:

Wenn wir genaue Angaben zum Bewerber hätten, könnten wir beim Landesschulamt diesen Vorwürfen nachgehen.

Weitere Ausführungen von Herrn Pilz und Herrn Kober:

- Funktions- Email- Adressen wurden über den Schulleiter an den Schulelternsprecher verteilt.
- Kampf gegen den Lehrermangel mittels „Headhuntern“.
- SEPL: Ausnahmegenehmigung zum Schulerhalt bei bestimmten Schülerzahlen.
-

Frau Klopp merkt an, dass es zwar schön sei, wenn die 9./ 10. und 11./ 12. Klassen tolle Ergebnisse haben, aber dafür andere Klassenstufen während der Coronapandemie vernachlässigt wurden. Die Kinder fielen von einem Loch ins andere und werden aufgrund ihrer schlechten Leistungen nicht versetzt. Die Quote der Versetzungsgefährdeten ist aus ihrer Sicht exorbitant hoch. Häufig kommt hier das Argument der Lehrer und Lehrerinnen, dass die Kinder zu faul seien.

Herr Kober:

Schule solle „neu gedacht“ werden. Man brauche Visionen und Ideen. Die Schulhäuser würden heute noch immer so gebaut wie vor 100 Jahren. Der Kreiselternrat könne sich ja mal so einen Direktor einer solchen „Schule der Zukunft“ einladen und sich das Konzept vorstellen lassen. Hierzu sollten auch die Direktoren der Schulen des Landkreises eingeladen werden.

Anschließend wurde über die Unterschiede von öffentlichen Schulen und denen in freier Trägerschaft diskutiert.

Herr Eichardt gab hier zu bedenken, dass die SuS in Schulen freier Trägerschaft genauso seien, wie an öffentlichen: freundliche Kinder und verhaltensauffällige, laute und



Kreiselternerat Burgenlandkreis

Kreiselternerat Burgenlandkreis, Schönburger Str.41 06618 Naumburg

email: kreiselternerat-blk@gmx.net

introvertierte. Nur die Eltern sind eben bei den Schulen in freier Trägerschaft engagierter und interessierter.

Leider nehme das Interesse an Elternarbeit mit den höheren Klassenstufen immer weiter ab.

Herr Hinz:

In manchen Klassen gäbe es gar keine Elternvertreter mehr.

Gute Elternvertreter setzen sich für alle Kinder ein, halten Kontakt zu allen Eltern und den Lehrern. Sie versuchen, die Lehrer zu motivieren und zu unterstützen. Es gilt, die guten Lehrer zu loben und die nicht motivierten anzusprechen.

Herr Pilz:

Die Bildungspolitik ändere sich von Legislaturperiode zu Legislaturperiode. Beständigkeit sei besser.

Frau Klopp:

Langfristiges und grundlegendes Denken sei in der Bildungspolitik wichtig. Wir setzen uns für Veränderungen ein, die erst in vielen Jahren Wirkung zeigen werden.

Herr Hinz:

Wir sollten die Elternarbeit im BLK vorantreiben, damit die nachfolgenden Generationen leichter haben. Deshalb sollten Ideen bitte immer per eMail an den Vorstand des Kreiselternerates gesendet werden.

Sonstiges:

Der Elternratgeber soll überarbeitet werden.

Der Brief vom Vorstand des KER an die KZV Sachsen-Anhalt sei gut gewesen und der LER wünscht sich, ihn veröffentlichen zu dürfen, was genehmigt wird.

Eine Handlungsrichtlinie für die Elternarbeit sollte erarbeitet und auf der Seite des KER veröffentlicht werden.

Protokollant Holger Eichardt